



2008/13 Inland

<https://jungle.world/artikel/2008/13/vertreter-der-vertreter>

Vertreter der Vertreter

Von **Daniel Steinmaier**

Auch Gewerkschaften sind Arbeitgeber. Über die Arbeitsbedingungen bei Verdi und wer die Interessen der Beschäftigten bei den Gewerkschaften vertreten möchte. von daniel steinmaier

Kämpfer sind selbstlos. »Wenn ich mich am Wochenende mit ehrenamtlichen Gewerkschaftlern treffe, ist das für mich eben auch Ehrenamt«, sagt Kathlen Eggerling, die für Connexx AV arbeitet, ein Projekt von Verdi zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Medienschaffenden. Der Druck, »ehrenamtlich« am Wochenende zu arbeiten, sei aber »selbst gemacht«, betont sie, auch wenn es allgemein einen »gewissen Druck« angesichts der schwindenden Mitglieder gebe. »Man weiß ja, wie es aussieht.« Da man sich in ihrem Job »ganz gut totarbeiten« könne, müsse man eben selber eine Grenze ziehen.

So ähnlich ist es bei den Medienschaffenden wohl auch. Werden traditionelle Hierarchien durch subtilere Kontrollformen ersetzt, erscheinen Druck und Zwang immer häufiger »selbst gemacht«. Da hilft nur der »innere Gewerkschaftler«, der vor dem Totarbeiten bewahrt. Den brauchen vor allem die, die »Gutes tun«. Gewerkschafter zum Beispiel.

Connexx AV ist das Resultat von Outsourcing. Weil wegen der schwindenden Mitglieder auch der Gewerkschaftsapparat schrumpfen muss, damit die Streikkasse nicht von den Personalkosten aufgezehrt wird, besteht bei Verdi ein Einstellungsstopp. Für die Mitarbeiter des Projekts wollte die Gewerkschaft dennoch feste Stellen schaffen. Das war nur möglich, weil Connexx AV als Tochtergewerkschaft gegründet wurde. Also eine Art »soziales Outsourcing«, sagt Angela Klunker, die sich in ihrem Job »nicht ausgebeutet« fühlt.

Es gibt aber auch Gewerkschaftsangestellte, die ihren Arbeitgeber für weniger sozial halten. Martin Lesch beispielsweise, der Gewerkschaftssekretär bei Verdi und Vorsitzender des Verbands der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) ist. Seiner Meinung nach müssen sich die Gewerkschaften als Arbeitgeber an dem Maßstab messen lassen, den sie selbst an kapitalistische Betriebe anlegen. Danach schneide Verdi nicht immer gut ab. Verdi halte etwa nichts davon, »sich an Tarifverträgen zu orientieren«, und setze stattdessen auf »betriebliche Bündnisse«, also darauf, dass der Betriebsrat die Löhne direkt mit der

Gewerkschaftsleitung aushandeln.

Gerade das lehnen die Gewerkschaften aber bei anderen Betrieben ab. Mit gutem Grund, denn wo ein Tarifvertrag gilt, können die Mitarbeiter streiken und auf diese Weise Druck ausüben. Wo »betriebliche Bündnisse« geschlossen wurden, darf der Betriebsrat nicht zum Arbeitskampf aufrufen. Auch der Gesamtbetriebsrat bei Verdi ist nach Lesch deshalb nur ein »zahnloser Tiger«, der auf »kollektive Bettelei« angewiesen sei, um die Interessen der Beschäftigten zu vertreten.

Ohnehin werde bei Verdi nach der Ansicht von Martin Lesch nicht zwischen den Interessen der Gewerkschaft und den Interessen der Gewerkschaftsbeschäftigten unterschieden. Auch der gewerkschaftsinterne Betriebsrat scheint zwischen solchen Interessen nicht immer zu unterscheiden. Wenn sich Journalisten beim Betriebsrat über die Arbeitssituation bei Verdi informieren wollen, werden sie an den Pressesprecher verwiesen, der natürlich auch die Leitung repräsentiert. »Wir haben interne Absprachen«, begründete der Betriebsrat sein Schweigen auf Nachfrage der Jungle World.

Martin Lesch überrascht das nicht. »Es gibt eine Art Wagenburg-Mentalität gegen das neoliberale Trommelfeuer.« Dass auch die Gewerkschaften ihre Angestellten nicht so behandeln, wie es die gewerkschaftlichen Maßstäbe eigentlich vorsehen, ist schließlich ein Argument, das immer wieder von den Unternehmern missbraucht wird, um gewerkschaftliche Forderungen zu desavouieren. Daran hat natürlich auch der Betriebsrat von Verdi kein Interesse.

Lesch ist klar, dass Verdi keinen Tarifvertrag mit Verdi abschließen kann. Genau in diese Lücke will sein Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten treten. Aber Verdi akzeptiert den VGB nicht als Gewerkschaft für Gewerkschafter. »Wir sind die Schmuttelkinder, die Nestbeschmutzer, die Linkspartei in der Gewerkschaft«, sagt Martin Lesch. Sein Verband, der nach eigenen Angaben eine Mitgliederzahl »im unteren dreistelligen Bereich« habe, fühlt sich von der Leitung und vom Betriebsrat ausgegrenzt, und offenbar nehmen auch viele Mitarbeiter von Verdi den Verband nicht ernst.

Pressesprecherin Cornelia Haß sagt, der VGB habe zu wenige Mitglieder, um als Gewerkschaft für Gewerkschaftsangestellte gelten zu können. Dass der Verdi-Betriebsrat bei Nachfragen nach der Situation der Beschäftigten an die Pressestelle verweise, liegt ihrer Meinung nach auch nicht an internen Absprachen. Sondern an der »engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit« zwischen der Personalführung und dem Betriebsrat. »Die wissen sich bei uns in guten Händen.« Dass der Betriebsrat etwas erreichen könne, zeigten die Verhandlungen für die jüngst beschlossene Entgeltordnung.

Ein junger Gewerkschaftsfunktionär betont, er fühle sich von seinem Betriebsrat wirklich gut vertreten und bei seinem Arbeitgeber in guten Händen. Weil aber bei Verdi wie »in jeder anderen Organisation auch« nicht alle »nach Tagesform gegenüber der Presse den Mund aufmachen sollten«, will er trotz des Lobes für seinen Arbeitgeber nicht namentlich genannt werden. Für ihn bedeute der Einstellungsstopp zwar eine »Arbeitsverdichtung«, da diejenigen, die in Rente gehen, nicht ersetzt würden. Doch für ihn ist das kein Grund zur Klage. Denn nur ein ausgeglichener Haushalt gewährleiste die Möglichkeit zu streiken und damit die Macht der Gewerkschaft. Also ist Mehrarbeit angesagt, um dem

Klassenfeind Paroli bieten zu können.

Lesch dagegen wittert den Klassenfeind in der Gewerkschaftsführung. In Hamburg, erzählt er, habe Verdi vier Studenten mit der Organisation und Vernetzung von Mitgliedern betraut – eine Aufgabe, die normalerweise Gewerkschaftssekretäre übernähmen. Die Studenten hätten von Verdi jedoch nicht den Lohn für Gewerkschaftssekretäre bekommen, der bei rund 4 300 Euro brutto liege, sondern bloß 2 000 Euro brutto im Rahmen eines Werkvertrags. Weil einer der vier Studenten seine Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche festgesetzt wissen wollte und mit seinem Anliegen zum Betriebsrat ging, sei er rausgeworfen worden. Das Arbeitsgericht, vor dem der Fall schließlich landete, habe von einem »Scheinwerkvertrag« gesprochen. »Solche Arbeitsbedingungen nenne ich Ausbeutung«, sagt Lesch. Auch Einzelfälle von Leiharbeit gebe es bei Verdi, behauptet er. Konkrete Zahlen kann er nicht nennen.

Pressesprecherin Haß betont, ihr seien keine Klagen über prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekannt. Auch wenn es befristete Arbeitsverträge in Form von Werkverträgen bei einzelnen Projekten gebe, wie etwa bei der Lidl-Kampagne, die sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und das Recht auf Betriebsräte bei der Discounterkette einsetzt. »Fälle von Leiharbeit sind mir keine bekannt.«

Der junge Gewerkschaftsfunktionär, der erzählt, schon in seiner Jugend ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit geleistet zu haben, hält die bezahlten Angestellten – sich selbst eingeschlossen – ohnehin nur für organisatorischen Überbau. Die eigentliche Gewerkschaft besteht seiner Meinung nach aus dem ehrenamtlichen Engagement. »Die Ehrenamtlichen fragen auch nicht bei jedem Feierabendtreffen, was sie dafür bekommen.« Seiner Meinung nach ist es verkehrt, Verdi am Maßstab kapitalistischer Betriebe zu messen. »Wir sind eben keine Firma.«